

## CH\_VB .076 vom 15. Dezember 1982

Bundesverwaltung, 1982-12-15, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_.076](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_.076)

FR: CH\_VB .076 du 15 décembre 1982

IT: CH\_VB .076 del 15 dicembre 1982

### Erwägungen

#### E. 15

Dezember 1982 N 1741 Forschungsgesetz Ich empfehle Ihnen dringend, dem Bundesrat zu folgen und wenigstens als Interpretationshilfe «regeln» festzusetzen; der Abschwächung sind nachher noch allzuvielen. M. Couchepin, rapporteur: L'article premier fixe le but de la loi. Si la lettre a n'a pas fait l'objet de discussions au sein de la commission, la lettre b a déclenché un large débat aboutissant à la cristallisation des positions avec deux minorités s'opposant et une majorité ayant tenté une synthèse. Le texte initial de la loi prévoyait que la Confédération règle la collaboration des organes de recherche. Il est d'ailleurs très proche de l'article constitutionnel 27sexies, dont je vous rappelle la teneur: «La Confédération encourage la recherche scientifique. Ses prestations peuvent être subordonnées à la condition que la coordination soit assurée.» Cette idée de la nécessité d'assurer avec autorité une coordination a, d'ailleurs, été reprise lors de plusieurs débats aux Chambres fédérales. Finalement, elle est exprimée par la minorité II de M. Müller-Argovio et consorts. Elle paraît beaucoup trop rigoureuse aux représentants de la minorité I, soit MM. Cavadini et Junod qui sont davantage préoccupés par la nécessité reconnue - reconnue par tous - d'assurer une grande liberté aux universités et aux chercheurs. C'est en grande partie un débat d'intentions. D'un côté, on pense que si la loi ne prévoit pas expressément le règlement de la coordination, on risque de se diriger vers «le gaspillage». De l'autre côté, on estime que si la loi est trop imperative, on risque de se diriger vers la tutelle de la Confédération sur la recherche, même sur celle des universités dépendantes des cantons. On craint le risque de bureaucratisation et de centralisme. Cependant, la majorité de la commission est d'avis qu'il faut trouver une solution de synthèse entre ces deux extrêmes. C'est la raison pour laquelle elle a voté une proposition disant que la Confédération entend veiller à la collaboration des organes de recherche et, subsidiairement seulement, au besoin, la régler. Nous vous proposons d'adopter la solution de synthèse. Pour éviter de reprendre la parole à l'article 2, lettre e, qui fait l'objet d'une proposition de la commission, sans proposition de la minorité, je précise que notre intention était la suivante: à l'idée que les organes de recherche, en utilisant les fonds de la Confédération, veillent à l'encouragement de la recherche scientifique, nous avons ajouté le principe qu'ils doivent également veiller au maintien d'un potentiel de qualité. En commission, on a évoqué le cas de l'étude CLIMOD qui a provoqué la constitution d'un groupe important de chercheurs qualifiés, spécialisés dans les problèmes de météorologie et les problèmes annexes. A la fin de cette étude, qui est actuellement terminée, le risque est grand que ces chercheurs, ayant appris à travailler ensemble, se dispersent à travers le monde et qu'un instrument ainsi créé, efficace et utile, disparaisse. Si le danger est très grave - c'est le cas ici - de voir se liquéfier un potentiel de recherche créé, la loi permet à la Confédération d'utiliser des fonds pour la maintenir. C'est l'intention de la commission qui vous propose cette version modifiée de l'article 2, lettre e. Müller-Luzern, Berichterstatter: Es handelt sich hier um eine

verhältnismässig wichtige Sache. Es scheint zwar nur um Worte zu gehen. Soll der Bund die Zusammenarbeit überwachen, oder soll er sie regeln? Oder soll er sie überwachen und regeln? Es sind dazu einige grundsätzliche Äusserungen notwendig. Wir werden später nicht mehr viel zu den einzelnen Artikeln zu sagen haben, aber hier sind doch vielleicht ein paar Grundsatzüberlegungen anzustellen. Wir haben in der Eintretensdebatte festgestellt, dass die Wissenschaft ein Mittel des Überlebens ist. Ziele sind dadurch vorbestimmt, und der Wissenschaftler hat sich ihnen zu unterziehen, ob er will oder nicht. Solche Ziele sind: Entwicklung neuer Technologien für die Wirtschaft, die medizinische Forschung, Forschung zur Bewältigung der ökologischen oder sozialen Nebenwirkungen des technischen Fortschrittes. Aus diesem Grund hat der Staat schon immer in die Forschung lenkend eingegriffen - im

## **E. 19**

Jahrhundert, auch in unserem Jahrhundert. Auch die Schweiz hat es getan, hat es tun müssen. Denn es stellen sich hier ja nationale Aufgaben, und wir kommen nicht um eine gewisse Lenkung herum, wenn wir daran gehen, mit unseren beschränkten Mitteln Forschung zu betreiben. Niemand denkt nun daran, wie das offenbar von Herrn Junod und Herrn Cavadini befürchtet wird, die heutigen Strukturen einzuebnen. Niemand will den Universitäten dreinreden. Aber wir müssen uns sagen, wenn schon dieser kleine Staat mit den beschränkten Mitteln Forschung betreibt, dann soll dies auch effizient koordiniert, geordnet geschehen. Es braucht eine gewisse Planung, eine gewisse Ordnung und gewisse Kompetenzen. Wir sehen nun diese Strukturen aus? Wir haben Strukturen, eine ganze Reihe von Strukturen. Aber wir haben praktisch keine Kompetenzen in diesen Strukturen. Die Aufgaben, die Investitionen sind ständig markant gewachsen, aber die Kompetenzen nicht. Die freiwillige Koordination funktioniert nicht ganz so, wie wir es wünschen müssen. Und weil die Kompetenzen nicht klar geregelt sind, kommt es auch zu Reibereien zwischen Bund und Kantonen, wie wir aus jüngsten Beispielen wissen. Darum müssten ja Herr Cavadini und Herr Junod daran interessiert sein, dass eine klare Regelung besteht. Es soll nicht bloss um eine Überwachung gehen, sondern es sollte auch darum gehen, Verantwortung zu übernehmen. Es ist verfehlt, hier Prestige-Überlegungen anzustellen. Denn es geht letztlich nicht einfach um die Wahrung des Mitspracherechtes der Kantone, sondern - das will ich jetzt betonen, ich weiss es aus der langen Geschichte dieses Gesetzes und aus den vielen Diskussionen - es geht letztlich um die Rechthaberei gewisser Professoren, die nur Geld entgegennehmen wollen, ohne dem Geldgeber auch das notwendige Mitspracherecht einzuräumen. Die Minderheit I, die sicher gute Absichten verfolgt, vertritt hier aber im Letzten nicht föderalistische Interessen, sondern partikularistische Einzelinteressen von Professoren. Im übrigen ist der Bund ja so oder so auf die Mitwirkung der Kantone angewiesen. Er kann nicht ohne Kantone diese Aufgaben bewältigen. Er kann immer nur Aktivitäten der Kantone unterstützen. Die Kantone haben einen entscheidenden Einfluss auf die Forschungspolitik, und sie werden sie auch behalten, und das ist gut so. Das ist die eine Seite der ganzen Geschichte, die kurzfristige. Langfristig kommt noch ein weiteres Problem dazu. Da die Förderung der Wissenschaft und Forschung in einem Industriestaat, wie wir gesagt haben, existenznotwendig ist, stellt sich dann, wenn einmal die Kantone ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können - der Kanton Basel hat ja bereits 10 Prozent gekürzt - die Frage: Wer handelt jetzt im nationalen Interesse? Und die Antwort wird klar sein: Der Bund müsste an die Stelle der Kantone treten. Am wichtigsten, wichtiger als die Kompetenzen, scheint mir die Frage der Verantwortung zu sein. Gerade weil Wissenschaft und Forschung so bedeutsam sind,

braucht es heute die Festlegung einer ganz klaren Gesamtverantwortung. Wir stellen übrigens fest, dass hier die Zusammenarbeit von Instanzen geregelt wird, die sich - mit Ausnahme der Hochschulen - fast nur aus bundeseigenen Organen zusammensetzen, zum Beispiel Nationalfonds, ETH und Ressortforschung; die kantonalen Hochschulen stellen nur einen kleinen Teil des Gesamten dar. Ich halte es deshalb für notwendig, die Kompetenzen klar festzulegen. Ich bin eigentlich der Meinung, dass die ursprüngliche Fassung des Bundesrates richtig war; die Kommission wollte aber die Herren Cavadini und Junod nicht ganz verärgern und war deshalb zu einem Kompromiss bereit. Dieser Kompromiss bringt meiner Meinung nach nichts, aber er schadet vielleicht auch nicht sehr viel, und deshalb muss es Ihnen freigestellt sein, ob Sie dem Antrag der Mehrheit oder dem Antrag der Minderheit II folgen. Ich müsste Sie aber davor warnen, dem Antrag von Herrn Cavadini und Herrn Junod zuzustimmen. Bundesrat Hürlimann: Die beiden Herren Referenten haben den Standpunkt der Kommission und damit auch des Bun-

220-N  
Loi sur la recherche 1742 N 15 décembre 1982 desrates klar dargelegt. Bei der Eventualabstimmung schliesst sich der Bundesrat der Minderheit II an und bei der Hauptabstimmung der Kommissionsmehrheit, dies aus den Gründen, wie sie Herr Müller eben jetzt dargelegt hat. Nur ein Wort. Warum brauchen wir mindestens die Kompetenz, im nötigen Fall regeln zu können? Ich möchte es Ihnen an einem konkreten Beispiel darlegen: Ein bedeutender Hirnforscher in unserem Land hat vom Nationalfonds zusätzliche Mittel für eine Studie verlangt, die notwendig war, damit er in seinem Bereich weiterforschen konnte. Nur durch einen Zufall hat er erfahren, dass genau die Studie, für die er Mittel angefordert hatte und die sehr zeitaufwendig gewesen wäre, bereits fertig vorlag. Das war also nur durch einen Zufall möglich. Deshalb müssen wir inskünftig, wenn es nicht freiwillig geschieht, die Möglichkeit haben, in solchen Fällen regeln zu können, damit wir nicht zweimal Geld für etwas Gleiches ausgeben. Ich möchte sofort beifügen, dass das gar nicht heisst, dass bei der Grundlagenforschung nur ein Forscher über das gleiche Projekt forschen soll. Es ist durchaus möglich, dass dort der eine Forscher zum Ziel kommt und der andere nicht. Es ist nur nicht sinnvoll, wenn bereits erfolgte Studien nicht für die weitere Forschung nutzbar gemacht werden können, weil man der mangelnden Koordination wegen nichts von ihnen weiss. Ich beantrage Ihnen deshalb, in der Eventualabstimmung der Minderheit II zuzustimmen und in der Hauptabstimmung der Mehrheit und dem Bundesrat - wir selber haben diesen Vermittlungsvorschlag in der Kommission eingebracht - ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben. Präsident: Herr Cavadini zieht den Minderheitsantrag I zurück. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 63 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II 41 Stimmen Art. 2 Antrag der Kommission Titel, Einleitungssatz, Bst. a-d und g Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Bst. e die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Erhaltung eines qualifizierten Forschungspotentials; Bst. f Mehrheit Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Minderheit I (Deneys, Borei, Bundi, Darbellay, Keller, Mauch, Morf, Müller-Luzern) f. die Vielfalt des kulturellen Lebens; fbis. die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Regionalpolitik, insbesondere zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen; Minderheit II (Kopp, Allenspach) Streichen Bst. h die Setzung von Schwerpunkten. Art. 2 Proposition de la commission Titre, préambule, lei a-d et g Adhérer au projet du Conseil fédéral Let. e A l'encouragement de la relève scientifique et au maintien d'un potentiel de recherche de qualité; Lei. f Majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral Minorité I (Deneys, Borei, Bundi, Darbellay, Keller, Mauch, Morf, Müller-Lucerne) f. Au pluralisme culturel; ^is Aux besoins de la politique économique et régionale, notamment en vue de

maintenir et de créer des places de travail ; Minorité II (Kopp, Allenspach) Biffer Let. h A fixer des priorités. Titel, Einleitungssatz, Bst. a-e, g und h Titre, préambule, lei. a-e, g et h Angenommen - Adopté Bst. f-Let. f Mme Deneys, porte-parole de la minorité I: L'article 2 détermine les principes, les critères à observer dans l'attribution des fonds de la Confédération. Il revêt donc une importance primordiale. Outre les besoins liés à la recherche elle-même et à son développement judicieux, il faut envisager sa fonction dans la société d'une manière plus globale. Les activités de recherche ne peuvent en effet pas être dissociées des besoins du pays dans les domaines de l'économie et de la culture. C'est pourquoi la politique de la recherche doit s'inscrire dans notre contexte historique et institutionnel. Le Conseil fédéral prend en considération ces différents éléments d'appréciation à l'article 2, lettre f, mais il en fait malheureusement une disposition «fourré-tout». Au mieux, elle justifierait n'importe quelle recherche, au pire, elle dispersera des moyens limités sans aucune efficacité. La minorité de la commission, que je représente ici, vous propose de sérier ces critères en deux groupes distincts. Le premier, lettre f, reprend l'idée que la politique de la recherche doit veiller à maintenir le pluralisme culturel de la Suisse. Cette exigence est si fondamentale qu'il devrait être superflu de s'y arrêter davantage. Le second groupe de critères relève du domaine de la politique économique, en particulier de la politique régionale qui - je vais tenter de vous le démontrer par la suite - ne peut se concevoir sans une aide à la recherche orientée vers la création d'emplois ou permettant le maintien d'emplois existants. Chacun sait que la recherche conditionne plus que jamais le développement du potentiel industriel d'un Etat. On l'a dit, écrit et répété: la capacité de la Suisse à maintenir une industrie compétitive ne se conçoit pas sans un effort accru en matière de recherche et de développement. Tous les pays industrialisés ont consenti des investissements considérables afin de développer des technologies de pointe et d'aider les petites et moyennes entreprises à rationaliser les méthodes de production et à créer de nouveaux produits. Les contraintes propres à l'économie suisse - absence de matières premières, rôle déterminant des exportations, obligation de fabriquer des produits et des procédés à haute valeur ajoutée - sont des facteurs qu'il s'impose de prendre en considération dans la politique de la recherche. Une contrainte supplémentaire nous attend: la diminution des emplois dans le secteur secondaire, difficile à évaluer en l'absence de statistiques précises - plus de 300 000 en quelques années d'après certaines estimations - n'est plus compensée par une augmentation correspondante dans le secteur tertiaire; au contraire, dans ce secteur également de nombreux emplois sont menacés de disparition par le recours accru à la bureautique. A l'évidence, la recherche privée aboutit souvent à un accroisse-

15. Dezember 1982 N 1743 Forschungsgesetz ment de la productivité en diminuant le nombre des postes de travail. Le rôle de l'Etat, en matière de recherche, doit donc d'autant plus s'orienter vers le maintien et la création d'emplois si nous voulons assurer aux jeunes de ce pays un avenir normal. Mais la politique économique de la Confédération doit être avant tout une politique de rééquilibrage spatial des activités industrielles et commerciales. Dans l'ouvrage publié en 1980 par l'OFIAMT, consacré aux caractéristiques et problèmes du marché de l'emploi, les auteurs relèvent qu'«environ 60 pour cent de la population active, plus de la moitié de la production industrielle et artisanale et près des trois quarts des entreprises du secteur des services sont concentrés dans moins de 2 pour cent de la superficie de notre pays». La situation actuelle est ainsi décrite par le directeur du programme national de recherche sur les problèmes régionaux en Suisse, M. Bruggler: «Des régions de montagne de plus en plus désertées, tant sur le plan démographique

qu'économique, mais au sein desquelles des régions de tourisme à caractère mono-structurel se développent toutefois, un réseau d'agglomérations gagnant en étendue et en densité dans le pentagone Bâle-Zurich-Berne-Lausanne-Genève, des espaces ruraux intermédiaires aux faiblesses et déséquilibres spécifiques, des villes débordantes d'activité et d'animation durant la journée mais des quartiers morts le soir, sans parler des discussions passionnées sur le rôle et l'importance des villes; cette évolution de l'espace étroitement liée au développement économique et socio-culturel a été très disparate en Suisse dans son cours et ses effets. Les contrastes interrégionaux et intra-régionaux ont eu tendance à s'accroître durant les deux dernières décennies en même temps qu'augmentait l'importance des problèmes qui en résultent.» La tendance observée jusqu'ici semble devoir se poursuivre. Le même auteur y voit les raisons suivantes. Premièrement, dans le contexte d'une pression croissante de la concurrence internationale, les désavantages nombreux et variés d'implantations dans les régions périphériques garderont ou verront même croître leur importance pour l'économie suisse qui est essentiellement tournée vers l'exportation. Deuxièmement, les capitaux, les connaissances dans le domaine de la technique, de l'organisation et de la distribution sont des facteurs de production qui se concentrent de façon circulaire et cumulative dans les grandes agglomérations existantes. Conséquence de cette division des fonctions: le potentiel humain des espaces périphériques ou ruraux est fréquemment sous-employé ou mal utilisé. Troisièmement, le développement technologique accentue cette pression. D'autres chercheurs font à ce propos, l'observation suivante: «Les coûts de recherche et développement dus à la technicité extrême des équipements et à la qualification des chercheurs nécessaires ont, avec l'avènement des technologies nouvelles, acquis une caractéristique redoutable. Au temps de la mécanique, une dépense de recherche et développement, d'un même pourcentage de leur chiffre d'affaires, permettait aux entreprises petites, moyennes et grandes, d'obtenir des avantages technologiques comparables dans leur domaine respectif d'activité. Il n'en va plus ainsi. Les possibilités offertes par un laboratoire ne sont plus proportionnelles à son équipement. La multidisciplinarité et la complexité toujours plus grande de la micro-technique, de la micro-électronique et de l'opto-électronique, en particulier, ont conduit à une quantification par paliers des investissements en recherche et développement, si bien, par exemple, qu'une recherche qui implique un investissement seul de 100 n'a aucune chance d'aboutir si on ne lui alloue que 95. Cette situation nouvelle exclut tout simplement, pour les petites et moyennes entreprises actives, dans les domaines de haute technicité, la possibilité de continuer à conduire leurs recherches de manière autonome.» Ce sont ces entreprises-là qui se trouvent en majorité - pour combien de temps encore? - dans les régions marginales. Elles doivent, en priorité, bénéficier d'un soutien actif de la Confédération dans le domaine de la recherche, bien que le problème soulevé concerne l'ensemble du pays. Quatrièmement, la répartition spatiale des centres et instituts de recherche indique que la plus grande partie des moyens financiers privés et publics consacrés à la recherche restent dans la zone la plus favorisée du pays, accentuant ainsi le déséquilibre régional. Les régions menacées aujourd'hui de sous-développement ne veulent pas devenir des assistées de la Confédération. Au contraire, il faut les aider à retrouver leur autonomie et leur indépendance en procurant du travail à leurs habitants afin qu'elles puissent, elles-mêmes, assumer les charges de leur développement socio-culturel en toute liberté. Rien ne saurait mieux garantir le pluralisme culturel de la Suisse et un fédéralisme vivant. C'est à cette même conclusion qu'aboutit l'OFIAMT dans l'ouvrage déjà cité: «La politique régionale tend à améliorer d'une manière active la situation des régions défavorisées. Cela signifie que

les moyens d'action en faveur de ces régions sont axés sur la sauvegarde et la création d'emplois.» Personne n'admettrait, dans la situation préoccupante actuelle, qu'une loi sur la recherche soit faite uniquement par et pour des professeurs. Il est essentiel qu'elle prenne en compte les exigences de la politique économique régionale. D'une part, il faut veiller à ne pas accroître la concentration des moyens mis à disposition par la Confédération dans les zones les plus riches du pays, d'autre part, il faut intégrer la politique de la recherche dans l'ensemble des mesures à mettre en œuvre pour promouvoir le développement régional. J'aimerais le rappeler à tous ceux qui ont invoqué la sauvegarde d'une région et le maintien des emplois chez Saurer il n'y a pas si longtemps devant ce conseil: une mesure aussi limitée qu'un achat de camions ne garantit pas l'avenir. Dans la logique de la décision prise alors, vous devez soutenir la proposition de minorité I. Quant à la proposition de minorité II que viendra défendre tout à l'heure Mme Kopp et pour ne pas allonger, je vous prie de la rejeter purement et simplement. Je veux bien, Madame Kopp - et les habitants de mon canton ne me contrediront pas - que vous attachiez une si grande importance, une si grande attention à la sauvegarde des milans royaux et de vautours dans les régions dévastées par les campagnols, mais il ne faudrait pas oublier que les habitants dans ces régions méritent au moins les mêmes égards. Frau Kopp, Sprecherin der Minderheit II: Ich möchte Sie bitten, die Litera f von Artikel 2 zu streichen, weil sie inhaltlich, aber auch gesetzestechisch unbefriedigend - um nicht zu sagen: problematisch - ist. Artikel 2 beinhaltet die Grundsätze, welche die Forschungsinstanzen bei der Verwendung von Bundesmitteln zu beachten haben. In Litera a bis e sind klare Grundsätze aufgestellt, die von den Forschungsinstanzen auch beachtet und eingehalten werden können. Ganz anders verhält es sich bei der Litera f, denn diese verlangt, dass die Forschungsinstanzen bei der Verwendung von Bundesmitteln achten müssen auf «die Bedürfnisse der Gesellschaft, die Vielfalt des kulturellen Lebens der Schweiz und ihrer Regionen sowie auf die Anliegen der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik». Das ist eine ausgesprochene Leerformel, denn wer sagt, was die Bedürfnisse der Gesellschaft sind? Sind etwa die kulturellen Anliegen der Regionen oder die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nicht auch Bedürfnisse der Gesellschaft? Rein gesetzestechisch ist es auch problematisch, solche Aufzählungen vorzunehmen, denn sie entstehen immer aus einer bestimmten Situation. Ich verstehe die Anliegen von Madame Deneys sehr gut; sie zeigen aber gerade, dass wir hier im Gesetz etwas verankern, was im Augenblick aktuell ist. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, dass zu einem anderen Zeitpunkt ganz andere Anliegen aktuell sind, beispielsweise Energiepolitik, Bildungs- oder Umweltpolitik, um nur einige Stichworte zu nennen. Wir sind in der Schweiz nicht gerade reich an Büchern über die Gesetzgebungstechnik. Ich möchte Ihnen deshalb nur

Loi sur la recherche 1744 15 décembre 1982 einen Satz aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorlesen, wo klar festgehalten ist: «Ein gesetzliches Verbot» - ich füge bei, dass beides auch für ein gesetzliches Gebot gilt - «muss in seinen Voraussetzungen und in seinem Inhalt so klar formuliert sein, dass die davon Betroffenen die Rechtslage erkennen und ihr Verhalten danach bestimmen können.» Ich möchte Sie nun fragen, woran sich denn die Forschungsinstanzen halten sollen, wenn sie diese Bestimmung lesen. Ein weiterer Punkt kommt dazu: Nach meiner Meinung besteht ein Widerspruch zwischen Artikel 2 Litera f und Artikel 3, der die Freiheit von Lehre und Forschung garantiert. Sie wissen, dass der Bund vor allem die Grundlagenforschung fördert, und zwar indem er dem nationalen Forschungsfonds Mittel zur Verfügung stellt, aber auch den Universitäten und den technischen Hochschulen. Nun gehört es aber gerade zum Wesen der

Grundlagenforschung, dass man, wenn man ein Projekt in Angriff nimmt, nicht genau weiss, wohin es führen kann und ob das Projekt dem sogenannten «Bedürfnis der Gesellschaft» dient oder nicht. Die Geschichte der Forschung kennt zahlreiche Beispiele, bei welchen man rein zufällig auf Ergebnisse gestossen ist, die sich nachher als für dieses sogenannte Bedürfnis der Gesellschaft wichtig erwiesen haben. Dort, wo der Bund etwas konkret unterstützen will, einen konkreten Auftrag gibt, hat er andere Mittel zur Verfügung, einerseits die Ressortforschung, andererseits die sogenannten nationalen Forschungsprogramme. Im Artikel 11 der entsprechenden Verordnung für die nationalen Forschungsprogramme heisst es deutlich: «Die nationalen Forschungsprogramme bezwecken die Durchführung von Forschungen, die zur Lösung von Aufgaben im nationalen Interesse benötigt werden.» - Ich bin der Meinung, wir sollten einen Unterschied machen zwischen der Grundlagenforschung, für die wir keine inhaltlichen Vorschriften aufstellen, und der angewandten Forschung, wo von Gesetzes wegen bereits solche Zielsetzungen formuliert sind. Diese Meinung hat übrigens auch Herr Bundesrat Hürliemann anlässlich der Debatte im Juni 1979 vertreten, als es um die Beiträge für die wissenschaftliche Forschung ging. Dort hat er ausgeführt: «Die freie Forschung darf in unserem Lande nicht nach politischen Kriterien gefördert werden. Diese Haltung diktieren uns nicht nur staatspolitische und ideologische Auffassungen, sondern praktische Erfahrungen. Die zukunftsweisenden und bedeutungsvollsten Erkenntnisfortschritte wurden nicht aufgrund von politischen Richtlinien gewonnen.» Ich bitte Sie, im Interesse einer sauberen und klaren Gesetzgebung die Litera f zu streichen. Signora Bacciarini: L'art. 2 ha una importanza fondamentale in questa legge, ne fissa, i principi basilari. A differenza della collega Kopp, io ritengo di estrema importanza anche la lettera f di questo articolo. Avrei voluto proporre una aggiunta al paragrafo f, in particolare avrei auspicato, invece della formulazione proposta dal Consiglio federale e dalla maggioranza («Aux besoins de la collectivité, au pluralisme culturel de la Suisse et de ses régions») il testo seguente: «Aux besoins de la collectivité, au pluralisme culturel et linguistique de la Suisse et de ses régions». Non lo faccio, egregi colleghi, ma tengo a precisare quanto segue. La definizione pluralismo culturale va intesa, a mio parere, nel senso lato, ma va soprattutto considerato che la lingua è il mezzo privilegiato per fare e per diffondere la cultura. Due aspetti meritano attenzione per quanto concerne il problema culturale svizzero. Dapprima, il pluralismo linguistico svizzero, e, secondo, l'uso e l'attaccamento ai dialetti. In materia di ricerca, specie di quella che si conduce a proposito dei dialetti, è molto importante e molto sentita. Soprattutto ai fini della difesa delle nostre specifiche identità, la ricerca scientifica nel campo dei dialetti è essenziale. Non voglio e non sono qualificata a parlare dei diversi dialetti della Svizzera tedesca, ma gli autorevoli nomi dei professori Jaberg di Berna e Jud di Zurigo, che hanno operato in questo settore, ne definiscono il peso e l'importanza. Posso invece meglio, e con più aderente congruenza di causa, ricordare l'opera importante del vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana. Sarà solo grazie a questo vocabolario, voluto da Carlo Sganzini, se il Ticino potrà e saprà salvare l'importante patrimonio culturale costituito dai suoi dialetti. Ora il lavoro di ricerca nel campo linguistico, in particolare appunto dei dialetti, è di estrema importanza politica per il nostro Stato federalista e plurilingue. È per questa ragione che concludendo, e pur esimendomi di fare una proposta formale, insisto, perché la definizione «au pluralisme culturel», «pluralismo culturale» del paragrafo f all'articolo 2, venga interpretata soprattutto a favore del pluralismo linguistico, e domando esplicita garanzia in questo senso al Consiglio federale. Hofmann: Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und die beiden

Minderheitsanträge abzulehnen. Bei Artikel 2 geht es um einen sehr wichtigen Artikel, nämlich darum, worauf die Forschungsinstanzen bei der Verwendung von Bundesmitteln zu achten haben. Die Litera f von Artikel 2 ist in der Kommission nach einlässlichen Beratungen zustande gekommen. In der Formulierung, wie sie der Bundesrat vorschlägt, heisst es, dass die Forschungsinstanzen Rücksicht zu nehmen haben auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, die Vielfalt des kulturellen Lebens der Schweiz und ihrer Regionen sowie auf Anliegen der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Wir wissen doch im grossen und ganzen, welches die Bedürfnisse unserer Gesellschaft sind, und es ist wesentlich, dass sich die Forschung nicht einfach nur irgendwelchen Liebhaberprojekten zuwendet, sondern dass die Forschungsinstanzen die Mittel des Staates so einsetzen, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft nach Möglichkeit dienen. In unserem föderalistischen Land müssen wir auch auf die Vielfalt des kulturellen Lebens der Regionen im Rahmen der Möglichkeiten Rücksicht nehmen, ohne dass wir deswegen zu einer zu weitgehenden Aufsplitterung der Forschungsgelder kommen dürfen. Dass wir bei der Forschung insbesondere auch auf die Wirtschaftspolitik Bezug nehmen, dass wir eben auch in jenen Gebieten tätig sein sollten, die für die Wirtschaft von Bedeutung sind, sollte an sich offensichtlich sein. Wenn die Wirtschaft auch nicht das Wichtigste ist, leben wir doch alle von ihr, und sie gehört zum Allerwichtigsten; ohne sie können wir letztlich auch die Forschung nicht finanzieren. Deshalb darf man namentlich in Zeiten der Rezession von der Wissenschaft erwarten, dass jenen Gebieten vermehrt Mittel zugewendet werden, die der Unterstützung würdig sind. Ich möchte Sie daher bitten, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen. Reimann: Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I zu unterstützen. Die heutige wirtschaftliche Situation zeigt doch, dass wir vor allem in verschiedenen Regionen Probleme haben, die teilweise darauf zurückgehen, dass man die Bedürfnisse dieser Regionen in der Vergangenheit vernachlässigt hat. Zum Teil müssen wir heute mit viel Aufwand nachholen, was versäumt wurde. Es geht auch um Versäumnisse in bezug auf die gezielte Forschung, gezielt auf die Bedürfnisse eben dieser Regionen. Ich glaube, mit diesem Antrag könnten wir die gezielte Forschung auf diese Schwachstellen hinweisen. Ich bitte Sie also, in diesem Sinne dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen. M. Crevoisier: Je vous comprends, Madame Kopp, qu'en tant que Zurichoise, vous n'avez aucune crainte de voir oubliés les besoins de la collectivité, la spécificité culturelle ou encore les besoins de la politique économique et conjoncturelle de la région que vous habitez. Je comprends aussi que vous mettiez en contradiction l'article 2, lettre f, et l'article 3 de la loi, qui dit: «La liberté de l'enseignement et de la recherche, notamment dans les Hautes écoles, ne doit pas être entravée par l'application de la présente loi.»

15. Dezember 1982 1745 Forschungsgesetz Une de ces Hautes écoles, parmi les plus prestigieuses de notre pays, n'a-t-elle pas son siège à Zurich? Si la minorité II ne sent pas l'importance des propositions faites par la minorité I, cela peut s'expliquer, je crois, par l'appartenance géographique des deux personnes qui la constituent. Aux grandes déclarations sur la solidarité confédérale je préfère les garde-fous que constituent les textes légaux. Nous vous demandons en conséquence de soutenir les propositions de la minorité II. M. Couchepin, rapporteur: Cet article 2 a provoqué au sein de la commission, comme dans ce conseil, une des discussions les plus intéressantes et les plus longues qui furent jamais consacrées à la loi en question. Il faut tout d'abord mettre cet article en rapport avec l'article 21 de la loi qui prévoit les objectifs de la planification de la politique de recherche. La commission a discuté pour savoir si cet article 21 devait être modifié ou non. Finalement, nous avons décidé d'adopter tel quel l'article 21, ce qui a incité Mme Deneys à

soumettre un complément à la lettre f, dans une proposition de minorité I, et Mme Kopp, à suggérer la suppression de cette même lettre f, dans une proposition de minorité II. Pour Mme Deneys, le texte de la loi, selon le Conseil fédéral, est insuffisant. Il faut, selon elle, apporter encore plus de précision en introduisant à cet endroit une allusion au maintien et à la création des places de travail. A l'autre extrémité des opinions, Mme Kopp et M. Allenspach proposent de biffer toute mention des besoins de la collectivité, du pluralisme culturel, etc. Une fois encore, la majorité de votre commission a choisi la voie moyenne. Il nous paraît essentiel qu'une loi de coordination ne multiplie pas les critères imposés aux organes de recherche, lorsqu'ils reçoivent les fonds limités de la Confédération. Il y a là comme partout un effort principal à fournir. Par contre, négliger complètement la mention des diversités culturelles de la Suisse, les besoins de la politique économique et conjoncturelle, comme le proposent Mme Kopp et M. Allenspach, nous paraît aller trop loin dans l'autre sens. Si nous acceptons la proposition de la minorité II, nous risquerions de compromettre le bon accueil de la loi dans de nombreuses régions du pays. Beaucoup craignent que la recherche ne se concentre, si nous supprimons cette mention, dans le triangle d'or zurichois. Ce n'est d'ailleurs peut-être pas un hasard si Mme Kopp et M. Allenspach - comme l'a souligné M. Crevoisier et je suis d'accord avec lui sur ce point - sont, pour des raisons sans doute géographiques, moins sensibles que d'autres à ce danger. Entre le risque de dispersion et celui de concentration, la majorité a choisi la solution la plus suisse, soit celle du milieu. En l'occurrence, nous vous proposons d'accepter la version du Conseil fédéral et de la majorité de la commission. Müller-Luzern, Berichterstatter: Dieser Artikel zählt die Grundsätze auf, an die zu denken ist, wenn das Gesetz angewendet wird. Es sind also Deklarationen, Leitsätze. Nicht zu vergleichen - Frau Kopp - mit Verboten, die immer konkret sein müssen, weil die Übertretung durch eine Strafe bedroht ist. Es ist ein grosser Unterschied zwischen einem solchen Leitsatz und einem Verbot. Nun ist der Pluralismus ein Wesensmerkmal der Schweiz, eine Selbstverständlichkeit. Aber es ist sehr wichtig - ich denke: psychologisch wichtig -, den Minderheiten die Sicherheit zu geben, dass an ihre Anliegen gedacht wird, mehr noch, ihnen zu zeigen, dass sie einen Anspruch haben, auch berücksichtigt zu werden. Sie kennen ja heute die grosse Angst, die bei den Minderheiten herrscht, dass die grossen Zentren alles an sich ziehen, auch in der Forschung. Deshalb scheint es mir unvermeidlich, dass wir diesen Passus ins Gesetz aufnehmen. Ein bisschen anders verhält es sich mit der Bestimmung, die Frau Deneys vorschlägt: die Schaffung von Arbeitsplätzen im Auge zu behalten. An und für sich ist auch das eine Selbstverständlichkeit für eine abgerundete Forschungspolitik. Zudem müssen wir zugeben, dass wir hier ein bisschen zeitbedingt legislieren. Wir hoffen ja alle darauf, dass eine Zeit kommt, wo eine solche Bestimmung wieder anachronistisch sein könnte, aber wir wissen andererseits, dass das Volk von der Forschung erwartet, dass Sie einen wesentlichen Beitrag zur Linderung der heutigen Schwierigkeiten leisten wird. Deshalb ist es verständlich, wiederum besonders aus psychologischen Gründen, dass eine solche Bestimmung aufgenommen wird. An der Praxis der Forschung wird sich sehr wenig ändern. Es geht eben mehr um das Bewusstsein, dass der Staat die Forschung aufruft, hier einen Beitrag zu leisten. Es liegt nun an Ihnen, zu entscheiden, ob Sie den Vorschlag des Bundesrates oder der Mehrheit I wollen. Auf alle Fälle raten wir Ihnen dringend davon ab, dem Vorschlag Kopp zuzustimmen. Bundesrat Hürlimann: Ich möchte zu dieser Debatte, die eigentlich die Standpunkte sehr deutlich gemacht hat, folgende drei Bemerkungen machen. Erstens: Ich möchte Frau Bacciarini zusichern, dass ich ihre Überlegungen in bezug auf die Vielfalt der Kultur voll und ganz teile. Sie haben mehr vom Tessin und auch

von der Suisse romande gesprochen, aber das gleiche Anliegen in bezug auf die Dialektforschung besteht natürlich in vielen deutschschweizerischen Kantonen genau gleich. Und Sie wissen, dass wir aus Mitteln des Nationalfonds die sogenannten Nationalen Wörterbücher der verschiedenen Sprachgebiete bis heute schon gefördert haben. Dies genügt aber nicht, denn das ist eine rein wissenschaftliche Arbeit, und Kultur sollte natürlich leben. Da sind wir ebenfalls einig. Die Interpretation für die Vielfalt der Kultur könnte ich aus der Sicht des Bundesrates durchaus akzeptieren. Eine zweite Bemerkung: Man kann für die Anliegen von Frau Deneys und Frau Kopp durchaus Verständnis haben. Aber Sie sehen es selber, es sind zwei Extreme. Ich würde durchaus Frau Kopp zustimmen, dass man rein juristisch die Litera f streichen könnte. Aber es ist bezeichnend, dass Sie ein Urteil des Verfassungsgerichts aus einem Land zitiert haben, welches das Referendum nicht kennt. Wir richten eben unsere Gesetze nicht nur an Juristen, sondern wir richten sie auch an unsere Bürger. Immer wieder musste ich in meiner Tätigkeit als Bundesrat darauf hinweisen: Man sollte Gesetze schaffen, die auch in einem Bergtal gelesen und verstanden werden. Das ist vielleicht der Unterschied zu vielen Gesetzen in anderen Ländern. Da liegt nun auch das Anliegen von Madame Deneys, das aber nach Überzeugung des Bundesrates zu weit geht, weil es dann wieder indirekt Dinge verspricht, für die man sich nicht auf dieses Gesetz berufen können. Eine dritte Bemerkung: Sie geht an Madame Deneys und Herrn Reimann. Wir haben schon die Möglichkeit, Ihren Anliegen durchaus systemgerecht Rechnung tragen zu können, denn im Artikel 21, wo die forschungspolitische Planung festgelegt ist, und wo wir die Ziele festlegen, heisst es ausdrücklich, dass diese Ziele die wichtigsten Forschungsbedürfnisse des Landes zu berücksichtigen haben. Die Forschungsbedürfnisse können ändern. Ich würde in der heutigen Zeit mit Ihnen übereinstimmen, dass wir unsere Forschung in der Richtung der Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Belebung unserer Wirtschaft und anderes mehr einsetzen müssen. Das hätten wir beispielsweise in den sechziger Jahren mit unseren Problemen der Hochkonjunktur in keiner Weise auf gleiche Art tun müssen. Weil aber diese Zielsetzungen und diese Dringlichkeiten und Schwerpunkte mit den Programmen, mit den Rahmenkrediten verbunden werden, scheint mir, dass der Vorschlag der Minderheit I zu weit geht. Die Mehrheit war mit dem Bundesrat der Auffassung, dass wir zwar mit Rücksicht auf die Lesbarkeit dieses Gesetzes und mit Rücksicht auf die Erwartungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger im Land an die Forschung stellen, mindestens die Anliegen der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, aber auch die Anliegen der Vielfalt unseres kulturellen Lebens erwähnen sollten. Das ist eine ausgewogene Mittellösung zwischen diesen zwei Extremen. Ich möchte Ihnen namens des Bundesrates

Loi sur la recherche 1746 NI ifi riéprmhre iqno beantragen, die beiden Minderheitsanträge abzulehnen und mit der Mehrheit dem Bundesrat zuzustimmen. Abstimmung - Vote  
Eventuell - A titre préliminaire Für den Antrag der Mehrheit 63 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I 41 Stimmen Definitiv - Définitivement Für den Antrag der Mehrheit 83 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II 28 Stimmen Art. 3 Antrag der Kommission Die Freiheit von Lehre und Forschung bleibt bei der Anwendung dieses Gesetzes gewährleistet. Art. 3 Proposition de la commission La liberté de l'enseignement et de la recherche reste garantie par l'application de cette loi. M. Couchepin, rapporteur: Un seul mot au sujet de cet article 3 qui garantit la liberté de recherche. Il faut simplement rappeler que cette liberté n'est pas absolue. La recherche se fait collectivement, une certaine coopération est nécessaire, elle doit même être en certaines circonstances imposée. D'autre part, l'intervention financière de l'Etat étant limitée, il faut aussi imposer des

priorités. La liberté de recherche n'en est cependant pas détruite, elle permet de s'opposer à des interdits infondés, c'est là la limite d'une liberté constitutionnellement garantie.

Müller-Luzern, Berichterstatter: Freiheit von Lehre und Forschung ist ein ungeschriebenes Verfassungsrecht, das im 18. und 19. Jahrhundert aufgekommen ist, und zwar als liberales Grundrecht gegenüber einem absolutistischen Staat und den Einflüssen der Kirche. Es wird so definiert, dass jedermann frei ist, nach Belieben einen Vorgang in der Natur oder in der Gesellschaft zu untersuchen, zu beschreiben und zu diskutieren. Die Freiheit besteht auch darin, die Forschungsergebnisse uneingeschränkt zu publizieren. Dabei werden diese Ergebnisse der Kritik ausgesetzt, aber nicht der Kritik des Staates, sondern der Kritik der Wissenschaft. Diese Freiheit meint aber nicht, dass jemand einen Anspruch geltend machen kann, für ein Forschungsvorhaben auch finanziert zu werden. Dieses Gesetz regelt die Forschung vorwiegend in Bereichen, in denen der Staat Aufträge erteilt, also im Bereich der gelenkten Forschung. Hier ist die Forschungsfreiheit natürlich wesensgemäss eingeschränkt, denn es kann niemand einen Forschungsauftrag mit bestimmten Auflagen entgegennehmen und etwas vollkommen anderes erforschen. Die grösste Gefährdung der Forschungsfreiheit wird durch rigorose Sparmassnahmen bewirkt. Die OECD sagt, dass die akademische Forschung durch nichts so gefährdet sei wie dadurch, dass sie ausgehungert werde, denn dann sei sie gezwungen, jedes Projekt entgegenzunehmen, für das sie auch Mittel bekommt. Sie wird also in ihrer Forschungsfreiheit indirekt eingeschränkt.

Bundesrat Hürlimann: Ich unterstreiche die Ausführungen der beiden

Kommissionsreferenten. Ich beantrage Ihnen, der Mehrheit zuzustimmen; sie ist auch nicht bestritten. Angenommen - Adopté Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr La séance est levée à 12 h 35

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Forschungsgesetz Loi sur la recherche In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1982 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 11 Séance Seduta Geschäftsnummer 81.076 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 15.12.1982 - 08:00 Date Data Seite 1728-1746 Page Pagina Ref. No

## **E. 20**

011 020 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.